

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die unterstehende eingetragene Handelsmarke übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Theodor Wolff in Berlin, Nord- und Südweg von Rudolf Wolff in Berlin.

„Ohne Konstituante keinen Frieden.“

Eine Erklärung Scheidemanns.

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat sich in einer Besprechung mit Vertretern dahin ausgesprochen, daß es dringlich notwendig sei, die konstituierende Nationalversammlung so schnell als möglich einzuberufen. Ueber diese Frage besteht in der Regierung kaum ein Zweifel, ohne die Konstituante würden wir keinen Frieden bekommen.

Die Verhandlungen zwischen dem Volkstag und den Mitgliedern der Regierung über die Festlegung der Kompetenzen der Regierung sind noch nicht abgeschlossen; sie nehmen aber einen beschleunigten Verlauf. Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß ihr allein die Festsetzung übertragen werden müsse und daß keine andere Forderung nach dem Willen der Regierung Gehör finden könne.

Zur Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe.

Keine individuelle und einseitige Konfiskation. Die Volkseigenen im Finanzministerium Dr. Södemann und Hugo Simon empfangen heute einen Vertreter der „F. D. R.“ und erklären ihm im Verlaufe eines längeren Gesprächs unter anderem:

Sofortige Versuche der Nationalisierung sind in keiner Weise zu billigen; denn sie führen nicht organisch in die Volkseigenen ein, sondern fördern nur die Desorganisation und veranlassen den so dringlichen Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Bei den ungeschwungenen Forderungen, die der verlorene Krieg aufwirft und die die Zukunft von uns heischt, ist nur kräftige Organisation und solidarischer Arbeit jedes Volksgenossen imstande, zu der notwendigen Erhöhung unserer Produktionsleistungsfähigkeit beizutragen. Jede Verzerrung der

Produktion und der Produktionsfähigkeit ist ein Verbrechen am Volke. Wenn heute ein Unternehmer aus Furcht vor gewaltsamen Eingriffen einzelner in Einzelbetriebe oder aus anderen Motiven seine Tätigkeit einstellt, so leidet das große Ganze schwerer Schaden, und die Produktion wird geradezu lahmgelegt. Das gleiche gilt auch für den Arbeiter.

Die Volkseigenen im Finanzministerium sind der Überzeugung, daß die nach sorgfältiger Prüfung als sehr zur Sozialisierung erkannten Betriebe und Industrien, zum Beispiel die Gewinnung aller Monopolprodukte, oder die Verfertigung von Eisenwaren, mit möglicher Berücksichtigung im Genuß der Volkseigenen werden müssen. Diese Sozialisierung kann natürlich keine individuelle und einseitige Konfiskation darstellen.

Die sowohl im Reich wie in Preußen geplanten Steuern werden es ganz von selbst mit sich bringen, daß auch die zunächst in sozialistischen Betriebsform weiterbestehenden Gewerbe mehr oder weniger ihrer früheren rein privaten Charaktere einbüßen und zu den Gemeinlasten mehr als bisher beitragen.

Die Abwanderung von Vermögen in das Ausland muß unbedingt unterbunden werden. Abschöpfung von Vermögenswerten in dieser Zeit ist wie Fahnenflucht vor dem Feinde zu betrachten. Die Leute, die sich ihrer schuldig gemacht haben, werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Solchen Unternehmern werden reichs- und bundesstaatliche Behörden sehr bald durchgreifende Maßnahmen einen Riegel vorschieben.

Zu der Verlesung, daß die preussischen Staatsgäste zu den Gehärdeten der Reichsregierung am 1. April 1919 eingestellt werden sollen, erklären die „Volkshilfen-Parlamentarischen Nachrichten“, daß die preussische Regierung noch gar keinen Beschluß über diese Frage gefaßt hat.

Wilson und Wilhelm II.

Ein nicht abgeliefertes Telegramm.

T. W. Am 7. Oktober habe ich hier einen Monatsartikel mit den Worten eingeleitet: „Jedem inlinen Freund der Europa kennt — der ehemalige Reichskanzler Morgenstern oder ein anderer — sollte jetzt zu Wilson sagen: „Alles, was du erstrebst, alles, was du in deinem menschenfreundlichen Sinn von der Zukunft erhoffst, kann nur verwirklicht werden wenn du jetzt die Hand zum Frieden, zu einem Verständigungsfrieden reichst.“ Ich habe den ehemaligen Reichskanzler dann, in diesem erwiderten Gespräch, dem Präsidenten vorlegen lassen, daß durch einen allzu großen Triumph des Internationalismus für lange Zeit all die chaotischen Elemente gefährt werden würden, die den Wilsonschen Gedanken der Gerechtigkeit und Verständigung immer abgeneigt gewesen sind. „Und mit ihnen“, sollte Morgenstern zu Wilson sagen, „würden die politische und die geistige Reaktion einherziehen, und all das, was zum Nationalismus gehört. Es würde den Triumph einer Klasse erleben aber niemals den Triumph derer, die den „New York Times“ vom 12. Oktober enthält die Mitteilung, daß als Antwort auf diesen Artikel Herr Morgenstern, früher Reichskanzler der Vereinigten Staaten bei der Tafel, am 11. Oktober, abends, die folgende Antwort abgefaßt habe: Theodor Wolff, Tageblatt Berlin.

Die New-Yorker Blätter von heute abend teilen mit, daß Sie sich im „Tageblatt“ meine Verlesung vorstellen, wie sie dem Präsidenten Wilson das Gemälde eines Zeitschiffes darlege, das von seinen alldeutschen Propheten irreführt sei, aber den Frieden mit seiner ganzen Seele liebend und aus diesem Besten bestehend, jetzt für einen Wilson Frieden reif sei.

Die Amerikaner sind sich darüber klar, daß die Türkei vollständig hilflos ist und sich in wenigen Tagen bedingungslos ergeben muß, daß die Türkei sich ihnen kurzweg ergeben muß, und daß das Zeitschiff ihrer Welt, welches die Entente in vierjähriger Kampfe nicht zu besiegen vermochte und jetzt infolge des Mangels an Rohstoffen, infolge des Niederganges ihres Wirtschaftskreislaufes und des Kampfes, sowie infolge des Verlustes der Siegeshoffnungen, abgebaut ist. Als Herr Herrscher auf die Vereinigten Staaten blickt, sah er nur die Oberfläche. Er schätzte die furchtbare Kraft nicht richtig ein, die unter der Oberfläche verborgen war. Diese Kraft ist jetzt gerade — all der Welt und die Menschheit der Vereinigten Staaten, die an sich schon, ohne unsere bewährten und unerschöpflichen Verbündeten zu rechnen fast genug und durchaus entschlossen sind, ihnen zur Erlangung eines wirklichen Sieges beizustehen.

Wenn Sie Ihrem Volke rasche Hilfe zu verschaffen wünschen, so veranlassen Sie Ihren Kaiser, in eigenen Namen und dem seiner Ehre abzugeben, wenn Deutschland durch solche alldeutsche Propheten irreführt worden ist, die Welt in einen so furchtbaren Krieg zu führen, so werden Sie sehen, daß Deutschland ihnen nicht länger verzeihen wird. Zwungen Sie Sie zu verhandeln und die Schaffung einer Republik zugestehen.

Wenn Ihr Volk „den Frieden mit seiner ganzen Seele“ reif zu zeigen, indem Sie den Kaiser und seine Ehre übergeben, daß Sie das höchste Opfer des Verdienstes auf ihre Macht bringen müssen, wodurch Sie die Welt von mehr ihrer Interessen schonen würden, die in der nutzlosen Anstrengung untergehen müßte, den Frieden, dessen Einlösung bevorsteht, zu hemmen, und der Vermählung, die in seinem Geiste kommen wird, zu entgegen. Ein Wilson-Friede ist ein gerechter Friede und kann nur mit einer Autorität geschlossen werden, die die Gerechtigkeit liebt, und nicht mit einer, die sie in schändlich verächtet hat, wie die Hohenzollern.

Es gibt nur einen Weg, dem Herrn seines Volkes zu entgegen: wenn er ihm freiwillig die Gouvernanz überläßt, die ihm und ihm gehört. Wenn Sie zugeben, daß Sie irreführt worden sind — was wird das Volk empfinden, wenn sein Land überannt wird und es einen Teil der Behandlung wird erleiden müssen, die es Frankreich, Belgien, Rußland und Serbien hat zuteil werden lassen! Henry Morgenthau.

Dieses Telegramm des ehemaligen Reichskanzlers ist nicht in meine Hände gelangt. Es scheint, daß es irgendwo hängen geblieben ist, und es wäre sehr empfehlenswert, zu untersuchen, wo es das Telegramm am unterstehenden hat. Auch habe die Antwort des Herrn Morgenstern zu kennen. Habe ich mir die Freiheit genommen am 23. Oktober zwei damaligen Reichskanzler dem Prinzen Max von Baden, der einem Erlaube vorzutragen, daß die ungeschworene Mehrheit des deutschen Volkes die Abdankung Wilhelm II. für die einzig mögliche Lösung halte, und daß eine solcher Entschluß, wenn wir nicht zu den schlimmsten Katastrophen kommen sollten, absolut dringlich geworden ist. Der Herr entwirrtete zwar abends schon, aber damals bereits die Zustimmung eines solchen Entschlusses einzuhalten. Wenn Herr Morgenstern am Schluß seines Telegramms sagte, wir brauchen jetzt, daß die Alldeutschen und irreführt hätten, so traf das Japan das

Die Fahrt der amerikanischen Friedensdelegation.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

22. Haag, 22. November. Eine Depesche aus London besagt: Präsident Wilson wird am 2. Dezember im Kongress seine jährliche Botschaft verlesen und wird dann tags darauf die Reise nach Europa antreten. Der Marineminister Daniels erklärte, daß die Reise an Bord eines Transportdampfers erfolgen soll, der von einem Schiffsarzt und Korrespondenten begleitet sein wird. Die Mitglieder der Friedensdelegation, Lansing, Bate, House und Root, machen die Reise mit Wilson zusammen. Wilsons Reise nach Europa beschäftigt die amerikanischen Zeitungen fortwährend. Die „New York Tribune“ schreibt: „Durch Wilsons Anwesenheit auf der Friedenskonferenz würde sich die Möglichkeit zu Geheimverhandlungen ergeben, was durch sein Fernbleiben ausgeschlossen wäre. Da er zum Abschluß von Verträgen der einzig Bevollmächtigte ist, könnte er auf der Konferenz Geheimdiplomatie treiben, und die sämtliche Ackerbindungen und die drohenden Verbindungen zwischen Europa und Amerika in den Händen der Regierung sind, wäre es möglich, die gesamten Verhandlungen im Geheimen zu führen, ohne den Zeitungen eine Kritik zu ermöglichen.“ Der „Republican“ vertritt eine andere Ansicht. Er sagt: „Seit Amerika eine Großmacht geworden ist, ist es an der Zeit, die iven Traditionen beizubehalten zu bleiben. Präsident Wilson wird sich auch nicht durch allerbekannteste Traditionen lassen lassen. Verfassungskonflikte hat er das Recht und die Pflicht, im Namen Amerikas abzukommen zu schließen, und aus diesem Grunde muß er Gelegenheit haben, dorthin zu reisen, wo er die besten Aussichten hat, sich in Amerikas Interesse beizutragen zu können.“

22. Genf, 22. November.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ will Präsident Wilson auch während seiner Abwesenheit von den Vereinigten Staaten keine Amtsgeschäfte führen.

Eine Kundgebung der Reichsregierung an Branting.

(Telegramm unserer Korrespondenten)

22. Stockholm, 22. November. Folgende Rede an Branting trat vor der deutschen Reichsregierung hier ein: Wir beiden bezügelte er sich den jugendlichen Vertreter der Friedensbewegung. Das ist unser bester Hebel, um mit dem Volk das so ist von dem Krieg, der Hunger, die Kälte und den außerordentlich hohen Lebenshaltungskosten der Gegner getroffen werden, einen gerechten Frieden mit der Aussicht auf eine Verständigung der Völker und einen Bitteren, und zur Verbesserung unserer Lage zu erreichen. Das deutsche Volk hat ein Recht auf einen Frieden, der nicht nur die Interessen der Nationen zu einer von der ganzen Menschheit ersehnten

Entwicklung fördert. An Stelle der Verständigung würden in diesem Falle tiefe Wälder, gegenseitige Bitterkeit, Hass und Rachegefühle treten. Selbst Germanen Arbeiter in vierjährigen Kampfe nicht zu besiegen vermochte und jetzt infolge des Mangels an Rohstoffen, infolge des Niederganges ihres Wirtschaftskreislaufes und des Kampfes, sowie infolge des Verlustes der Siegeshoffnungen, abgebaut ist. Als Herr Herrscher auf die Vereinigten Staaten blickt, sah er nur die Oberfläche. Er schätzte die furchtbare Kraft nicht richtig ein, die unter der Oberfläche verborgen war. Diese Kraft ist jetzt gerade — all der Welt und die Menschheit der Vereinigten Staaten, die an sich schon, ohne unsere bewährten und unerschöpflichen Verbündeten zu rechnen fast genug und durchaus entschlossen sind, ihnen zur Erlangung eines wirklichen Sieges beizustehen.

Wenn Sie Ihrem Volke rasche Hilfe zu verschaffen wünschen, so veranlassen Sie Ihren Kaiser, in eigenen Namen und dem seiner Ehre abzugeben, wenn Deutschland durch solche alldeutsche Propheten irreführt worden ist, die Welt in einen so furchtbaren Krieg zu führen, so werden Sie sehen, daß Deutschland ihnen nicht länger verzeihen wird. Zwungen Sie Sie zu verhandeln und die Schaffung einer Republik zugestehen.

Wenn Ihr Volk „den Frieden mit seiner ganzen Seele“ reif zu zeigen, indem Sie den Kaiser und seine Ehre übergeben, daß Sie das höchste Opfer des Verdienstes auf ihre Macht bringen müssen, wodurch Sie die Welt von mehr ihrer Interessen schonen würden, die in der nutzlosen Anstrengung untergehen müßte, den Frieden, dessen Einlösung bevorsteht, zu hemmen, und der Vermählung, die in seinem Geiste kommen wird, zu entgegen. Ein Wilson-Friede ist ein gerechter Friede und kann nur mit einer Autorität geschlossen werden, die die Gerechtigkeit liebt, und nicht mit einer, die sie in schändlich verächtet hat, wie die Hohenzollern.

Parlamentsschluß in England.

(Telegramm unserer Korrespondenten)

22. Haag, 22. November. Aus London wird gemeldet: Das Parlament wurde gestern geschlossen. Die Rede des Königs besagte, der Weltfrieden ist die Gewehr, das ein ehrenvoller und dauerhafter Frieden geschlossen würde. Der Anlauf zum Krieg ist demnach nicht verringert worden, bis die Bedingungen, die der Krieg erzwungen hat, wieder gutgemacht sind. Die Rede erwähnte weiter das erweiterte Wahlrecht und spricht die Hoffnung aus, daß der Geist der Einmütigkeit auch nach dem Frieden fortzuwirken werde. Während der Verhandlung des Parlaments nominierte bis 30. Dezember geht über die Auflösung des Parlaments (son am 25. November) erlassen werden. Die Wahlen finden am 14. Dezember statt. Das Ergebnis wird am 28. Dezember bekanntgegeben werden.

Lloyd George und Bonar Law verlassen ein Manifest mit ihrem Wahlprogramm, das mit ihren letzten Reden übereinstimmt. Es wird darauf zu weiterer Gültigkeit aufgeführt. Ferner sprechen Lloyd George und Bonar Law die Erwartung aus, daß der entscheidende Sieg der Alliierten es ermöglichen werde, die Alliierten allmählich zu dem Frieden und Arbeitsfrieden zu führen. Die Regierung wird sich ernstlich bemühen, einen Waffenstillstand zu schließen, der nicht nur die Gesellschaft vor den verhängnisvollen Folgen des Militarismus schütze, sondern auch das Gelingen der alliierten Völker fördern soll. Es werde nicht nötig sein, die Preise der Lebensmittel und des Rohmaterials durch neue Steuern zu erhöhen. Dem Konsens werden die Regierung die Industrien unterstützen und sie vor unläuterem Wettbewerb durch den Verkauf ausländischer Waren unter dem Fabrikpreis schützen. Weitere Ziele der Regierung werden sein die Schaffung eines Unterhauses, das in direkter Fühlung mit dem Volk steht, die allmähliche Entlohnung der verantwortlichen Regierung für Indien und die Bildung der indischen Frage auf der Grundlage der Selbstregierung, wobei aber den Interessen die vollständige Kontinuität der britischen Regierung unter einem Generalparlament aufgeschlossen ist.

